



Plenarprotokoll

1. Sitzung

Donnerstag, 27. Oktober 2016

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
1 Eröffnung der Sitzung durch die Alterspräsidentin Bruni Wildenheim-Lauterbach	3	4 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten	10
2 Konstituierung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 18. Wahlperiode	4	Ergebnis	11
verbunden mit		Beschlusstext	17
Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit	4	Ansprache des Präsidenten Ralf Wieland	11
3 Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 18. Wahlperiode	5	5 Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten	13
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP		Ergebnis	13
Drucksache 18/0001		Beschlusstext	17
<u>hierzu:</u>		6 Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	14
Änderungsantrag der Fraktion der CDU		Ergebnis	14
Drucksache 18/0001-1		Beschlusstext	17
Änderungsantrag der AfD-Fraktion		7 Einsetzung des Ältestenrats	16
Drucksache 18/0001-2		Ergebnis	16
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Beschlusstext	17
Drucksache 18/0001-3		8 Einsetzung des Hauptausschusses	16
Torsten Schneider (SPD)	5	Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP	
Heiko Melzer (CDU)	6	Drucksache 18/0002	
Steffen Zillich (LINKE)	7	Ergebnis	16
Daniel Wesener (GRÜNE)	8	Beschlusstext	17
Marc Vallendar (AfD)	9		
Holger Krestel (FDP)	10		
Ergebnis	10		

9	Terminplanung der Plenarsitzungen 2016 und 2017	16
----------	--	----

Anlage 1
Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

4	Wahl der Präsidentin/des Präsidenten	17
5	Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten	17
6	Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	17
7	Einsetzung des Ältestenrats	17
8	Einsetzung des Hauptausschusses	17

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach eröffnet die Sitzung um 11.02 Uhr.

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zur konstituierenden Sitzung der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich beglückwünsche Sie alle als gewählte Abgeordnete der neuen Legislaturperiode, sowohl die Wiedergewählten als auch die Neugewählten, darunter auch zwei neue Fraktionen, im Hause: die Fraktionen der AfD und die Fraktion der FDP.

Ich begrüße alle unsere Ehrengäste, darunter auch Frau Britta Stark, Präsidentin des Landtags Brandenburg, die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Sabine Schudoma, altgediente Parlamentarier, darunter die ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Herwig Haase, Reinhard Führer und Walter Momper, den Vizepräsidenten der 17. Wahlperiode Andreas Gram sowie weitere Mitglieder des bisherigen Präsidiums, Mitglieder des Deutschen Bundestages, anwesende Stadtälteste, Vertreter der Kirchen und alle Zuschauer und Zuhörer sowie die Medienvertreter, die auf den Tribünen Platz genommen haben. – Herzlich willkommen!

[Allgemeiner Beifall]

Bevor ich zum weiteren Verfahrensverlauf komme, möchte ich Herrn Tom Schreiber von der SPD-Fraktion zum heutigen Geburtstag gratulieren. – Herzlichen Glückwunsch, Herr Schreiber!

[Allgemeiner Beifall]

Bis zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung, die das Abgeordnetenhaus der 18. Wahlperiode unter Punkt 3 der heutigen Tagesordnung beschließen wird, verfahren wir bei Bedarf entsprechend den Regeln, die in der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses gegolten haben. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Nach Artikel 54 Abs. 5 Satz 2 der Verfassung von Berlin tritt das Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz des ältesten Mitglieds des Hauses zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Bruni Wildenhein-Lauterbach. Ich wurde am 28. Februar 1947 in Berlin geboren und darf fragen, ob ein gewähltes Mitglied des Hauses anwesend ist, das älter ist als ich. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

[Heiterkeit –
Allgemeiner Beifall]

Dann werde ich das Amt der Alterspräsidentin sehr gerne übernehmen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Eröffnung der Sitzung durch die Alterspräsidentin

und eröffne die 1. Sitzung der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gehört zur parlamentarischen Tradition im Berliner Abgeordnetenhaus, dass der älteste oder die älteste Abgeordnete die Möglichkeit hat, zu Beginn einer neuen Wahlperiode eine Rede zu halten. Ich habe nun diese Gelegenheit, und es ist mir eine große Ehre, auch, weil seit 1951 zum zweiten Mal eine Frau an dieser Stelle sitzt, dass ich dieses Amt ausüben darf.

[Allgemeiner Beifall]

Zur Eröffnung der 1. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin 1951 begann der Alterspräsident Wilhelm Lawrenz noch mit den Worten: „Hochansehnliche Versammlung.“ Die Form der Anrede hat sich geändert. Der Inhalt seiner Rede mit den Hinweisen auf die Verfassung, Gemeinschaft und Wirtschaft demokratisch zu ordnen und dem sozialen Fortschritt und dem Frieden zu dienen, hat an Aktualität nicht verloren, im Gegenteil. Und so möchte ich die Gelegenheit nutzen, einige Anmerkungen zu machen, die das Zusammenleben in unserer Stadt betreffen. Dabei möchte ich mein Augenmerk auch darauf richten, was wir im Allgemeinen als Wandel oder Veränderung empfinden.

Doch lassen Sie mich zuerst etwas Persönliches sagen, was mir sehr am Herzen liegt: Ich bin sehr stolz darauf, in einer Demokratie zu leben. Ich konnte mein ganzes Leben in Frieden und Freiheit verbringen. Es ist nicht mein Verdienst, aber ich bin sehr dankbar dafür.

[Allgemeiner Beifall]

Wir Deutschen werden in Europa und der Welt wieder geachtet, und auch unser Berlin wirkt wie ein Magnet auf viele Menschen aus Nah und Fern. Dass das so ist, liegt an der internationalen Vertrauensarbeit, die fast alle demokratischen Politikerinnen und Politiker im Nachkriegsdeutschland praktizierten und auch immer noch praktizieren, trotz vieler neuer Problemlagen. Es liegt an der konsequenten Wahrung der Menschenrechte. Dazu hat sich unser Land verpflichtet. Es wird von der ganzen Welt bewundert. Darauf können wir stolz sein. Ich würde mir aber auch wünschen, dass sich nicht länger diejenigen rechtfertigen müssen, die die Menschenrechte achten.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Andreas Wild (AfD)]

Es müssen sich doch vielmehr diejenigen erklären, die unser Grundgesetz ignorieren und zu Gewalt, Hass und Fremdenfeindlichkeit aufrufen.

Schon häufiger haben wir erlebt, dass neue Parteien in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingezogen sind. Ei-

(Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach)

nige von ihnen konnten sich als politische Kraft etablieren, andere haben nur kurz die Geschicke der Stadt mitbestimmt, und wieder andere kommen nach Jahren wieder. Die Wählerinnen und Wähler haben das so entschieden, und wir haben ihr Votum zu respektieren. Unsere oberste Pflicht ist es, ihre Interessen zu vertreten.

Was aber auch zum Ausdruck kommt: Unsere Demokratie lebt. Ihr ist der Wandel nicht fremd, sie baut sogar darauf auf. Der Wandel, die Veränderung sind ein steter Begleiter der Menschheit, und das wird auch so bleiben. Wer wie ich schon Jahrzehnte in dieser Stadt lebt, hat viele Wandlungen mitgemacht. Die zerbombte Stadt, den Wiederaufbau, die Teilung Berlins, den Mauerfall und das Zusammenwachsen zweier Stadtgesellschaften, die unterschiedlicher nicht sozialisiert sein konnten. Diese Geschichten füllen ganze Bibliotheken, und sie werden auch weiter gefüllt werden, weil sich die Fragenstellungen an die historischen Ereignisse von Generation zu Generation verändern.

Die Prämisse dieser Geschichtsschreibung ist und bleibt die Faszination, die vom Wandel ausgeht. Sie ist der rote Faden aus dem Zusammenspiel von Vergangenheit und Gegenwart. Sie ist der rote Faden der menschlichen Entwicklung. Wir sind geworden, wer wir sind. Die Dinge verharren nicht nur. Sie sind auch nicht einfach über uns gekommen. Sie wurden gemacht, und zwar von uns Menschen. Deshalb tragen wir auch die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft.

Aber ich sage auch: In der Politik kommt es nicht allein darauf an, Verantwortung zu übernehmen. Nein, der Auftrag an die Politik, an uns Politikerinnen und Politiker ist: Wir müssen den Wandel gestalten, und zwar nicht aus Gründen des Selbstzwecks, sondern weil wir Politikerinnen und Politiker den Menschen die Wege ebnen müssen, damit sie ein gutes Leben in unserer Stadt führen können. Sicher, das geschieht nicht immer im Konsens, aber genau das ist doch die Stärke demokratischer Systeme, dass sie den politischen Streit parlamentarisch kultivieren und in geordneten Bahnen per Mehrheitsentscheidung beenden. Offen gesagt: Ich persönlich kann nicht erkennen, was an diesem Prinzip nicht mehr zeitgemäß sein soll, zumal unsere Landesverfassung durchaus modern ist und Volksabstimmungen zulässt. Bürgerbeteiligung muss aber auch gelebt werden. Nur so kann Vertrauen geschaffen werden und ein Miteinander für ein soziales Berlin als Grundlage für gelebte Demokratie aufgebaut werden. Ich halte deshalb all die Analysen einer Krise der Demokratie oder einer Krise der Repräsentation in der Demokratie für überzogen.

Was wir erleben, ist nicht der Untergang der parlamentarischen Demokratie. Was wir erleben, ist vielmehr die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft, auch unserer Stadtgesellschaft. Man muss nicht unbedingt aus dem Wedding kommen wie ich, um zu verstehen, dass

sich viele Menschen einfach nur abgehängt fühlen. Sie sind fest davon überzeugt: Egal, wer regiert, für uns ändert sich ja doch nichts. – Sie fühlen sich nicht mehr dazugehörig. Sie erleben unsere Gesellschaft als Abstiegsgesellschaft, obwohl es der Mehrheit in Deutschland besser geht als je zuvor. Das muss uns doch alle aufrütteln! Deshalb müssen wir darum kämpfen, dass die Menschen, die sich deklariert fühlen, wieder in die Aufstieggsgesellschaft integriert werden. Das schaffen wir aber nur, wenn wir auch denen eine Aufstieggsperspektive geben, die sich am Ende der sozialen Leiter sehen. Das schaffen wir nicht mit einer Politik, die mit scheinbar einfachen Lösungen die Gunst der Berlinerinnen und Berliner zu gewinnen sucht.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN
den GRÜNEN und der FDP]

Wir als demokratische Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Das ist der Auftrag an die demokratischen Parteien, und das ist auch der Auftrag an uns als Abgeordnete. Ich wünsche mir, ich wünsche uns allen, dass wir offen in die Zukunft blicken. Wir sind eine welt-offene Hauptstadt und können das auch jederzeit beweisen. Es liegt an uns, dafür zu kämpfen. Die Chance Berlins ist, dass sich die Stadt als moderne multikulturelle und freie Metropole im Herzen Europas etabliert. Auch wenn wir uns in diesem Hohen Haus oft mit vermeintlichen Kleinigkeiten beschäftigen müssen: Wir dürfen diese Perspektive nicht aus den Augen verlieren.

Was bleibt? – Der Wandel wird unsere Stadt und die Menschen weitertragen, ob wir das wollen oder nicht. Über die Ausrichtung dieses Wandels entscheiden letztendlich wir mit. Genau das zeichnet ein starkes selbstbewusstes und unabhängiges Parlament aus. Wie es so schön heißt: Wer in der Vergangenheit verharrt, den Wandel ignoriert, der wird die Zukunft verlieren. – In diesem Sinne wünsche ich uns in der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin viel Energie, Ausdauer und Erfolg bei der Aufgabe, unsere Stadt so zu gestalten, dass sich möglichst alle wohlfühlen, die hier leben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Allgemeiner Beifall]

– Danke sehr!

Ich fahre fort in der Tagesordnung. Wir kommen zu

lfd. Nr. 2:

**Konstituierung des Abgeordnetenhauses von
Berlin der 18. Wahlperiode**

verbunden mit

**Namensaufruf und Feststellung der
Beschlussfähigkeit**

Bevor ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststelle, möchte ich die vier an Jahren jüngsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses in das amtierende Präsidium

(Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach)

berufen. Ich bitte folgende Abgeordnete, rechts neben mir Platz zu nehmen: die Jüngste, eine Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau June Tomiak, und den Jüngsten, Herrn Herbert Mohr von der Fraktion der AfD. Links von mir bitte ich Herrn Kristian Ronneburg von der Fraktion Die Linke und Frau Anne Helm, ebenfalls von der Fraktion Die Linke, Platz zu nehmen.

Ich werde nun die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf feststellen lassen. Die aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen bitte ich, auf den Namensaufruf jeweils mit Ja zu antworten und sich dabei vom Platz zu erheben. Ich bitte Frau Abgeordnete Tomiak, mit dem Aufruf zu beginnen.

[Aufruf der Namen]

Herzlichen Dank! – Es sind alle Abgeordneten aufgerufen worden. Damit hat sich das Abgeordnetenhaus konstituiert. Die Beschlussfähigkeit ist festgestellt.

Ich bedanke mich bei den jüngsten Abgeordneten für ihre Hilfe, bitte Sie aber, hier noch Platz zu behalten und mir als vorläufiges Präsidium beizusitzen.

Ich rufe auf

1fd. Nr. 3:

Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 18. Wahlperiode

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0001](#)

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0001-1](#)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0001-2](#)

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [18/0001-3](#)

Die genannte Drucksache sowie die Änderungsanträge liegen Ihnen allen auf Ihren Tischen vor.

Es ist für die Beratung eine Redezeit von je fünf Minuten pro Fraktion vorgesehen. Die Rederunde beginnt die SPD-Fraktion. – Bitte sehr, Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie es üblich und erforderlich ist, gibt sich das Abgeordnetenhaus heute eine Geschäftsordnung, wie das jedes Parlament für sich tut. Die Geschäftsordnung ist eine nach innen wirkende Norm, die für uns von großer Bedeutung ist, weil

wir nämlich Abstriche an unseren eigenen Rechten vornehmen. Das ist erforderlich und anerkannt, um einen geordneten Parlamentsablauf zu organisieren.

Wie zu Beginn jeder Legislaturperiode ist es auch in diesem Jahr gelungen, eine von fünf Fraktionen getragene Geschäftsordnung als gemeinsamen Entwurf zur Abstimmung und zur Beratung vorzulegen. Ich bin froh darüber, dass wir wie in den letzten Legislaturperioden mit den noch nicht in vollem Konsens befindlichen Einzelpunkten so verfahren, dass wir sie im Rechtsausschuss miteinander diskutieren. Es ist nämlich unsere Aufgabe, auch die Geschäftsordnung immer wieder zu überprüfen, sie in Relation zu setzen, wie sich andere Parlamente diesbezüglich organisieren. Dafür ist der Rechtsausschuss der richtige Ort. Wir sichern als SPD-Fraktion zu – und sind uns auch im Hause einig –, dass wir vor dem Hintergrund der Wahrung der Rechte der Opposition eine Evaluation in Bezug zu anderen Landesverfassungen vornehmen, die wir allerdings nicht an Einzelpunkten, die möglicherweise auf erhöhtes Interesse in der Öffentlichkeit treffen, sondern an substanziellen inhaltlichen Fragen ausrichten. Sollte eine solche Betrachtung ergeben, dass die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin für diese 18. Legislaturperiode an dieser Stelle einen Nachholbedarf hat, wovon ich nicht ausgehe, dann werden wir das gemeinsam konstruktiv betrachten und korrigieren.

Ich bin sogar der Auffassung, und mit mir die SPD-Fraktion, dass wir stolz sein können auf unsere Geschäftsordnung, denn was wir hier seit Jahren praktizieren – keine Redezeiten nach der Stärke der Fraktionen, sondern jede Fraktion, auch die kleinste, gleichberechtigt aufzurufen, Zugriffsrechte in dieser Art und Weise zu gestalten –, das sucht seinesgleichen, und das ist ein starker Auftritt des Parlaments nach außen. Ich werbe im Namen der SPD-Fraktion dafür, dieser Geschäftsordnung zuzustimmen und sich in diesem Verfahren, das ich skizziert habe und das gute, geübte Praxis ist, wiederzufinden und gemeinsam konstruktiv zu arbeiten.

Ich möchte noch etwas zu einem Änderungsantrag sagen. Wir haben mit Blick auf den Umstand, dass wir nunmehr sechs Fraktionen in diesem Hohen Haus sind, die Geschäftsordnung auf den Prüfstand gestellt, zum Beispiel, was das Ende unserer Plenarsitzung anbelangt, aber auch andere Aspekte, Fragerechte usw. In diesem Kontext ist es gelungen, eine ganz und gar signifikante Veränderung vorzunehmen, die ihre Einleitung schon zu Beginn der letzten Legislaturperiode gefunden hat. Wir haben nämlich gemeinsam festgestellt, dass es für Regierungsfraktionen durchaus bequem sein kann, einzelne Anträge in den Fachausschüssen liegenzulassen. Diese Beobachtung ist nicht neu. Die Methode ist bekannt, das gehört zum taktischen Parlamentsalltag. In der letzten Geschäftsordnung haben wir dafür gesorgt, dass solche Anträge nach sechs Monaten aufgerufen und hier im Plenum diskutiert

(Torsten Schneider)

werden können, um eine Exponiertheit im politischen Raum herzustellen. Jetzt sind wir noch einen signifikanten Schritt weiter gegangen und haben dafür gesorgt, dass ein Quorum von 25 Prozent der Mitglieder des Ausschusses oder des Hauses Anträge auf die Tagesordnung zwingen kann. Das ist nach meiner Einschätzung bundesweit einmalig, und das wird auch eine Herausforderung für den Parlamentsablauf sein.

Hier liegt ein Änderungsantrag vor, der sich gegen diese deutliche Ausweitung der Oppositionsrechte ausspricht. Wir haben uns auch das noch mal in der gebotenen Sorgfältigkeit angesehen. Diesem Änderungsantrag wird die SPD-Fraktion nicht nähertreten, weil wir glauben, dass wir da einen deutlichen Schritt nach vorne gekommen sind. Wir sehen keinen Anlass, das weiter auszuweiten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Jetzt bitte die CDU-Fraktion; Herr Melzer, bitte!

Heiko Melzer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Mit dem heutigen Start der Legislaturperiode verbindet meine Fraktion die Hoffnung und Erwartung, dass wir alle konstruktiv in der Sache und fair im Umgang um den besten Weg für Berlin ringen. Die Spielregeln dazu werden im Regelfall in Geschäftsordnungen erarbeitet. Viele der bestehenden Regelungen der 17. Wahlperiode sind jetzt übernommen worden. Einige Anpassungen – Herr Schneider hat auch darauf hingewiesen –, z. B. bei der Redezeit im Plenum, bei der Aufteilung von bestimmten Fragestellungen, beim Wechsel von einem Fünf- in ein Sechsfractionenparlament, sind vorgenommen worden. Der Plenarablauf verändert sich, um die Arbeitsfähigkeit in diesem Sechsfractionenparlament sicherzustellen. Überfällig war aus unserer Sicht, gemeinschaftlich die Möglichkeit, von Papierbergen von Drucksachen auf elektronisch übersandte Drucksachen umstellen zu können, wenn man das möchte. Viele dieser Spielregeln und die Übernahme alter Regelungen sind im Konsens erarbeitet worden und werden heute von fünf Fraktionen dem Haus als Geschäftsordnungsvorschlag vorgelegt und sicherlich in großer Einigkeit beschlossen.

Bei der Frage allerdings, wer zukünftig dem Hauptausschuss vorsitzen soll, gingen die Meinungen auseinander. Auch das hat hier im Haus Tradition, denn eine solche Debatte haben wir zu Beginn jeder Legislaturperiode in der ersten Plenarsitzung geführt. Eine Klärung außerhalb der Geschäftsordnung war zu unserem Bedauern leider nicht möglich. Das liegt vor allem daran, dass die Fraktion, die seit Jahren den Vorsitz im Hauptausschuss stellt, nämlich die SPD-Fraktion, diesen Vorsitz behalten möch-

te und nicht bereit war, ihn einer Oppositionsfraktion zuzuschlagen. Liebe Kollegen der SPD-Fraktion! Es wäre ganz sicher ein Zeichen der Größe und ein Signal der Zusammenarbeit aller Fraktionen gewesen, ein Signal des parlamentarischen Umgangs, wenn dieses Leitungsrecht des Hauptausschusses an eine Oppositionsfraktion gegangen wäre, auch ohne Debatte der Geschäftsordnung. So ist es beispielsweise auch im Deutschen Bundestag guter Brauch. Und da dies eben außerhalb dieser Debatte nicht möglich ist, diskutieren wir heute auch über Änderungsanträge zu einer ansonsten konsensualen Geschäftsordnung.

Wir hätten uns gewünscht, dass in der rot-rot-grünen Koalition im Wartestand sozusagen dieses Thema anders gelöst wird. Die Grünen haben dazu einen Versuch unternommen. Das ist nicht wirklich verwunderlich, denn in vergangenen Plenarsitzungen anderer Legislaturperioden haben meine Fraktion, die Fraktion der CDU, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der Linken und die Fraktion der FDP regelmäßig einen solchen Antrag gestellt. Wir haben jetzt die Situation, dass die Oppositionsfraktionen gemeinsam mit den Grünen, die einen Antrag mit dem gleichen Duktus ins Parlament eingebracht haben, im Parlament der 18. Wahlperiode mehrheitlich nichts entscheiden könnten. Es ist aus unserer Sicht weiterhin geboten, darüber zu diskutieren, ob es vor dem Hintergrund vernünftiger parlamentarischer Zusammenarbeit nicht richtig wäre, einer Oppositionsfraktion, der größten, wie es die Grünen beantragen, das Vorsitzrecht im Hauptausschuss zuzuschlagen. Da wir das heute nicht abschließend werden klären können, aber eine Geschäftsordnung brauchen, wird diese Frage weiter im Rechtsausschuss, im zuständigen Geschäftsordnungsausschuss des Parlaments, zu erörtern sein.

Aber all jene, die, lieber Herr Wesener, den Mund gespitzt haben, sollten vor der Koalitionsvereinbarung und auch danach in der Koalition nicht vergessen, auch zu pfeifen. Sie haben darauf hingewiesen, in Interviews und woanders, dass die größte Oppositionsfraktion den Vorsitz im wichtigsten Ausschuss stellen soll, wo es um die Finanzen des Landes geht. Das wäre ein Mehrwert – Zitat – für das Zusammenspiel von Koalition und Opposition.

Ich fordere Sie auf, ich fordere die Fraktion der Grünen, aber auch die Koalition im Wartestand gemeinsam mit SPD und Linken auf: Geben Sie sich einen Ruck! Geben Sie im Sinne einer vernünftigen parlamentarischen Zusammenarbeit die Möglichkeit und halten Sie nicht am Hauptausschuss fest, aus purem Trieb der Machterhaltung vielleicht, sondern geben Sie die Möglichkeit, das, was heute zweimal beantragt und noch zu diskutieren ist, auch hier im Plenum umzusetzen. Deswegen plädieren wir dafür und werden das auch in den Ausschussberatungen machen und darüber hinaus. Ich hoffe und gehe davon aus, dass die Grünen das als Koalitionär dann nicht

(Heiko Melzer)

vergessen haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Danke schön, Herr Melzer! – Und jetzt von der Fraktion Die Linke Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE):

Frau Alterspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, wir geben uns, was notwendig ist in einer konstituierenden Sitzung, eine Geschäftsordnung, die die Spielregeln der Zusammenarbeit regelt, die die Abläufe regelt und die vor allen Dingen das Verfahren in Konfliktfällen regelt. Deswegen ist es gut, dass es eine breit getragene Geschäftsordnung als Antrag gibt, denn natürlich – das wissen wir alle, zumindest diejenigen, die schon etwas länger im Haus sitzen – können sich die Perspektiven auf bestimmte Abläufe und Regeln im Parlament ändern, je nach der Rolle, die man gerade einnimmt. Deswegen ist es eben wichtig, dass man eine Geschäftsordnung nicht nur mit einer Regierungsmehrheit beschließt, sondern weit darüber hinaus. Es ist gut, dass wir diese Einigung haben.

Wenn man sich diese Geschäftsordnung in der Tradition der Geschäftsordnung anguckt, dann wird einem auffallen, dass man sich einerseits in der Berliner Tradition bewegt – das begrüßen wir –, auch in der Berliner Tradition, dass man Rederechte, Redezeiten nicht nach Mehrheit und nicht nach Größe der Fraktionen vergibt, sondern dort die Egalität und die gleichen Rechte der Fraktionen betont. Wir haben diese Geschäftsordnung weiterentwickelt. Wir haben sie in ein paar Punkten rechtssicher gemacht. Wir haben sie in technischen Punkten modernisiert.

Und wir sind auch gemeinsam übereingekommen – das war ein wichtiger Schritt –, dass wir in einigen Punkten – Herr Schneider hat schon darauf hingewiesen – die Rechte der Opposition und die Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive gestärkt haben, indem wir gesagt haben: Die Opposition, besser gesagt: eine Minderheit von Abgeordneten muss mehr Möglichkeiten haben, eigene Anliegen im Ausschuss zu thematisieren. Die bekannte Praxis, dass Anträge und Anliegen von Oppositionsfraktionen in Ausschüssen lange liegenblieben und nicht behandelt werden, wollen wir durchbrechen, indem wir einer Minderheit von Ausschussmitgliedern die Möglichkeit geben, sie auf die Tagesordnung zu setzen.

Gleichzeitig wollen wir in gewisser Weise auch zur Entschleunigung beitragen und der Regierung nicht mehr die Möglichkeit geben, darauf zu vertrauen, dass Gesetzentwürfe, die dringlich eingebracht werden, hier automatisch die Dringlichkeit erhalten, sondern nur dann, wenn eine

solche Dringlichkeit auch über die Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen hinaus anerkannt wird und wir deswegen hier eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Das ist eine wichtige Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung. Ich bin froh, dass wir uns darauf verständigen konnten.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Gleichwohl liegt es in der Natur der Sache, dass hier unterschiedliche Fraktionen mit unterschiedlichen Erfahrungen, politischen Kulturen und Zielen zusammensitzen, dass die Sicht auf eine solche Geschäftsordnung und die Sicht darauf, was darin sinnvollerweise geregelt werden sollte, eine unterschiedliche ist – und dass dort auch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden.

So mussten auch wir zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles, was wir als änderungsbedürftig an dieser Geschäftsordnung gesehen hätten, tatsächlich auch geändert worden ist. Wir hätten uns z. B. eine modifizierte Wiedereinführung von Großen Anfragen vorstellen können. Wir hätten uns ein anderes Umgehen mit dem Sitzungsende vorstellen können, obwohl wir hier weitergekommen sind. Und wir hätten uns auch – das ist kein Geheimnis, darüber wurde ja diskutiert – eine andere Regelung beim Thema Hauptausschussvorsitz vorstellen können, obwohl nach wie vor zu klären ist, inwieweit diese Regelung einer Regelung in der Geschäftsordnung überhaupt zugänglich ist.

Aber wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden und wir sind sehr froh, dass darüber hinaus auch die anderen Fraktionen das inzwischen so sehen, dass, wenn man sich einigen muss, es nur so gehen kann, dass man nicht alles, was man selber für wichtig und bedeutsam hält, auch eins zu eins durchsetzen kann, sondern dass diese Einigung im Mittelpunkt steht. Ich glaube auch, sagen zu dürfen – das war meiner Fraktion ebenfalls wichtig –, dass es gerade auch in der derzeitigen politischen Situation wichtig ist, dass wir hier demonstrieren, dass wir zu einer gemeinsamen Grundlage kommen und in die Arbeitsfähigkeit hineinkommen. Dass das gelungen ist und dass darüber hinausgehende Anliegen wie z. B. die Frage des Hauptausschussvorsitzes in Ruhe geprüft werden können, ist jetzt ein guter Weg. Wir wissen, dass es nicht einfach ist. Respekt vor allen, die diesen Weg mitgegangen sind! Wir brauchen diesen gemeinsamen Weg.

Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal zu: Wir wollen eine faire, vernünftige Zusammenarbeit. Diese Geschäftsordnung ist eine vernünftige Grundlage dafür. Wenn die Frage des Hauptausschussvorsitzes im Rechtsausschuss diskutiert werden wird, dann werden wir sie dort vernünftig prüfen. Man muss sie rechtssicher machen. Man muss es rechtssicher einführen, wenn man das will. Auch darüber wird um eine Einigung zu ringen sein. Das ist jetzt an der Stelle, wo es hingehört. Wichtig ist, dass wir hier eine Übereinkunft für eine gemeinsame Geschäftsordnung haben, sodass wir jetzt auch in eine

(Steffen Zillich)

gemeinsame Arbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger kommen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Danke schön, Herr Zillich! – Jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über nichts Geringeres als die gemeinsame Geschäftsgrundlage, auf der wir in diesem Parlament in den nächsten fünf Jahren zusammenarbeiten wollen. Wenn es nach uns Grünen geht, ist das weit mehr als eine Frage von Formalien und technischen Details. Für uns ist eine Geschäftsordnung im besten Fall auch eine Frage der gemeinsamen Haltung, einer Haltung, die zum Ausdruck bringt, wie wir jenseits aller parteipolitischen Unterschiede und Differenzen in der Sache miteinander umgehen wollen, welchen Stil wir dabei pflegen und welche politische Kultur uns dabei leitet.

Das beginnt damit, dass wir uns und unsere Rolle als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ernst und der Würde dieses Hauses entsprechend wahrnehmen. Insofern kann ich nur hoffen, dass das, was ich von einigen Abgeordneten der AfD in den letzten Tagen auf Twitter über den Berliner Parlamentarismus lesen musste, für Ihre neue Fraktion in den nächsten fünf Jahren nicht paradigmatisch ist.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Umso dankbarer sind wir Grünen dafür, dass uns heute ein weitgehender Konsens über eine neue Geschäftsordnung vorliegt, für den einige hier in den letzten Wochen hart gearbeitet haben. Dafür sage ich im Namen meiner Fraktion ganz herzlichen Dank.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Beifall von Thomas Seerig (FDP)]

Hier ist vieles gelungen, was es aufgrund der Veränderung nach der Wahl neu zu regeln galt. Zwei Beispiele sind schon angesprochen worden: Den Fraktionen steht trotz der Tatsache, dass wir nunmehr zu sechst sind, genug Redezeit zur Verfügung, um unter den Augen der Berliner Öffentlichkeit über all die Dinge zu diskutieren, die den Menschen in dieser Stadt ein Anliegen sind. Und künftig ist es nicht mehr möglich, Anträge in den Ausschüssen mit Koalitionsmehrheit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu vertagen. Das stärkt die Opposition, aber auch den Parlamentarismus insgesamt. Das schätzen wir umso mehr, als der damit verbundene Kompromiss für alle Beteiligten kein leichter war.

Leicht haben wir es uns auch nicht mit dem Antrag gemacht, den wir Grünen heute einbringen. Die Älteren in diesem Haus wissen, dass unsere Forderung nach dem Hauptausschussvorsitz für die stärkste Oppositionspartei alles andere als neu ist. Damals wie heute geht es uns um eine grundsätzliche Frage. Wenn die Kontrolle der Regierung die vornehmste Aufgabe eines Parlaments ist, dann ist es auch das vornehmste Recht der Opposition, über die geeigneten Instrumente dafür zu verfügen, gerade wenn es um den Haushalt und die Finanzen eines Landes geht.

Dass die Opposition den wichtigsten Ausschuss eines Parlaments leitet, ist übrigens keine Anomalie, sondern bundesweit Usus. Im Deutschen Bundestag ist das seit vielen Jahrzehnten Praxis. Gleiches gilt für 9 von 16 Bundesländern. Es ist Praxis mit rot-grünen, rot-rot-grünen, schwarz-grünen, grün-schwarzen und sogenannten großen Koalitionen. Auch wenn wir hier sicherlich gemeinsam davon überzeugt sind, dass Berlin eine ganz besondere Stadt und ein ganz besonderes Bundesland ist, wagen wir Grünen die These: Was überall sonst in der Bundesrepublik gut ist und auch gut funktioniert, kann für Berlin nicht schlecht sein.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Natürlich war und ist uns bewusst, dass ein solcher Vorstoß im Berliner Politikbetrieb in unserer Mediendemokratie Raum für Spekulationen eröffnet: Was versprechen sich die Grünen taktisch davon? Ist die künftige Koalition in dieser Frage zerstritten? Und welche politischen Deals sind damit verbunden? – Ich frage zurück: Wäre es nicht gut und angemessen für dieses Parlament, Diskussion an Argumenten festzumachen und in der Sache zu führen? Entspricht es nicht dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler, unterschiedliche Meinungen auf Inhalte zu gründen und nicht parteitaktischen oder koalitionsrationalen Gesichtspunkten unterzuordnen? Muss eine neue politische Kultur nicht auch einen neuen Umgang zwischen Koalition und Opposition beinhalten? – Wir Grünen finden: Ja!

Entgegen der landläufigen Meinung ist für uns Opposition kein Mist, sondern eine wichtige und ehrenhafte Aufgabe in unserer Demokratie. Wir erwarten deshalb von der CDU auch keine Gegenleistung für unseren Vorschlag, bis auf eine – dass die CDU ihre Verantwortung gegenüber allen Berlinerinnen und Berlinern genauso ernst nimmt wie die möglichen Regierungsparteien. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Senat und der Koalitionsmehrheit im Parlament ist in jeder Hinsicht legitim. Populismus, Destruktion und menschenfeindliche Hetze sind es nicht. Das werden wir Grünen in diesem Haus sehr genau beobachten und entsprechend reagieren.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Gestern ist bekannt geworden, dass es hinsichtlich unseres Antrags verfassungsrechtliche Vorbehalte gibt. Eine erste cursorische Prüfung des Wissenschaftlichen Par-

(Daniel Wesener)

lamentsdienstes hat diese Bedenken unterstrichen. Einer umfassenden Prüfung wollen wir Grünen uns natürlich nicht verschließen, und wir freuen uns deshalb auf weitere Beratungen im Rechtsausschuss. Herr Melzer! Das ist auch in Ihrem Interesse, denn gegenwärtig ist Die Linke die stärkste Oppositionsfraktion.

[Heiko Melzer (CDU): Darum geht es ja gar nicht!]

Im Rechtsausschuss werden wir der Frage der Verfassungsmäßigkeit auf den Grund gehen und gegebenenfalls die Möglichkeit einer Verfassungsänderung diskutieren. Wir sind in diesem Zusammenhang offen für die Debatte über eine weitere Stärkung der Rechte der Opposition.

Wir Grünen werben um die Zustimmung aller demokratischen Kräfte in diesem Haus zu dem vorliegenden Entwurf der neuen Geschäftsordnung. Wir werden dem Antrag geschlossen zustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, der CDU
und der LINKEN –
Beifall von Dr. Clara West (SPD)]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Und jetzt für die Fraktion der AfD Herr Vallendar!

Marc Vallendar (AfD):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die AfD-Fraktion hat sich die neue Geschäftsordnung angesehen und insbesondere einen Blick auf die Neuregelungen geworfen. Uns ist § 21 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung ins Auge gefallen. Der klingt zunächst einmal gut, jedoch könnte er sich in der Praxis als extrem negativ erweisen. Die Neuregelung regelt die Berücksichtigung von Tagesordnungspunkten in den Ausschüssen. Bisher war dies gewohnheitsrechtlich nach den üblichen Abläufen in der parlamentarischen Arbeit geregelt und richtete sich vornehmlich nach § 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung, wonach Ausschüsse die ihnen vom Plenum überwiesenen Vorlagen und Anträge für die Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus vorzubereiten und über das Ergebnis ihrer Beratung, Empfehlungen und entsprechende Beschlüsse an das Abgeordnetenhaus zu berichten haben. Hierbei waren in der Vergangenheit alle Fraktionen gleich zu behandeln. Aufgabe der Ausschüsse war somit wertungsfrei die Bearbeitung sämtlicher vom Plenum überwiesener Anträge.

Nun soll ein vermeintliches Minderheitenrecht in die Geschäftsordnung eingefügt werden. Dies bedarf aus Sicht der AfD-Fraktion allerdings einer Korrektur. Parlamentsanträge können derzeit nach § 39 Abs. 2 der Geschäftsordnung vom Plenum entweder angenommen, abgelehnt oder in den Ausschuss überwiesen werden. Anträge können gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung entweder von einer Fraktion oder von einem Fünftel der

Mitglieder im Abgeordnetenhaus eingereicht werden und erscheinen dann im Plenum auf der Tagesordnung.

Dem Entwurfsvorschlag der neuen Geschäftsordnung zufolge sollen nun Anträge, welche an die Ausschüsse überwiesen werden, dort überhaupt erst bei Erreichen eines Quorums von einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses auf die Tagesordnung gesetzt und berücksichtigt werden. Nach ständiger Rechtsprechung sollen die parlamentarischen Ausschüsse und ihre Mehrheitsverhältnisse die Mehrheitsverhältnisse im Plenum widerspiegeln. Es lässt sich somit sachlich nicht rechtfertigen, warum an das Einbringen und Auf-die-Tagesordnung-Setzen von Anträgen im Plenum geringere Anforderungen gestellt werden als an die Anträge, die durch das Plenum in einen Ausschuss überwiesen werden und die nun ein Viertel erreichen müssen, um auf der Tagesordnung berücksichtigt zu werden. Es besteht hier eine Missbrauchsgefahr. Die Neuregelung könnte sich dahin gehend auswirken, dass bestimmte Fraktionen an einer effektiven Parlamentsarbeit gehindert werden. Schließlich könnte ein Automatismus einsetzen, Plenumsanträge einer bestimmten Fraktion grundsätzlich in die Ausschüsse zu überweisen, wo sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse schlicht und einfach nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt würden und keine Berücksichtigung fänden.

Die AfD-Fraktion beantragt daher, das Ausschussquorum an das erforderliche Plenumsquorum zur Einbringung von Anträgen spiegelbildlich anzupassen und damit die Minderheitenrechte auch in den Ausschüssen zu wahren. Es könnte dann entweder auf Antrag eines Fünftels der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder auf Antrag einer Fraktion ein Tagesordnungspunkt in den Ausschüssen nach vorne gesetzt werden, welcher von diesen als besonders wichtig angesehen wird.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

In dieser Frage sollte kein Schnellschuss erfolgen, und die Abgeordneten hier im Hohen Haus sollten sich auch einig sein, dass die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen nicht dazu führen sollten, dass Anträge von Fraktionen – gleich welcher Couleur – gar nicht erst auf die Tagesordnung im Ausschuss gesetzt werden. Einer solchen Regelung dürften, auch wenn sie in der Praxis tatsächlich derart angewandt und ausgelegt wird – was durchaus möglich ist –, auch verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen. – Wir bitten daher, nicht nur ein Scheinminderheitenrecht einzuführen, sondern sich unseren Antrag anzuschließen. Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag! Wir machen unsere Zustimmung zur Geschäftsordnung davon abhängig. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Danke schön! – Jetzt bitte die Fraktion der FDP! Herr Krestel, bitte!

Holger Krestel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren hier unsere zukünftige Geschäftsordnung und befassen uns vornehmlich mit zwei Regelungen darin. Zum Ersten stellt sich die Frage nach dem Vorsitz im Hauptausschuss dieses Parlaments. Der Hauptausschuss trägt diesen klangvollen Namen, weil er eines der vornehmsten Rechte parlamentarischer Kontrolle wahrnimmt, nämlich das Budgetrecht. In Berlin gibt es am Beginn fast jeder Wahlperiode schon fast traditionell Streit, inwieweit die parteipolitische Nähe im Vorsitz dieses Ausschusses zur jeweiligen Regierungsmehrheit zu einer Einschränkung der Kontrolleffizienz in diesem Ausschuss führen würde. Selbst wenn man diesen Streit einmal außen vor lässt, bleibt immer noch für uns die Notwendigkeit, dass der Vorsitz im Hauptausschuss von einer gesunden Distanz zum Handeln der jeweiligen Regierung getragen sein muss. Das beruht gar nicht so sehr auf gegenseitigem Misstrauen, sondern auf der notwendigen Sicht auf das budgetpolitische Ganze. Die Sicht auf das Ganze bekommt man nur mit einem gewissen Abstand – ich will nicht einmal sagen „aus der Ferne“ –, aber man muss sich diese Sicht auf das Ganze bewahren, und zwar fernab von Koalitionsrunden, vorab getroffenen mehrheitlichen Verabredungen und ähnlichen Veranstaltungen, die innerhalb der Abgeordneten einer Regierungsmehrheit zum parlamentarischen Alltag gehören. Der oder die Vorsitzende des Hauptausschusses sollte dazu die persönliche Distanz wahren. Die FDP-Fraktion wird daher dem Änderungsantrag zustimmen, den Vorsitz im Hauptausschuss mit einem Abgeordneten der parlamentarischen Opposition zu besetzen.

Die FDP-Fraktion wird aber nicht die Forderung unterstützen, dass eine einzelne Fraktion die Behandlung bestimmter Sachanträge in den Fachausschüssen erzwingen bzw. durchsetzen können soll. Es stellt für uns in der Tat einen gewissen Fortschritt dar, dass man ab dieser Wahlperiode nicht mehr durch Mehrheitsbeschluss, sondern über ein Minderheitenquorum von 25 Prozent die Behandlung eines Antrages erreichen kann. In den Ausschüssen sollte nämlich die Sacharbeit im Vordergrund stehen. Es ist daher jeder Fraktion zuzumuten, bei sechs Fraktionen hier im Haus wenigstens eine weitere zu überzeugen, wenn ein Antrag in einer Ausschusssitzung vorrangig behandelt werden sollte. Dadurch kann das 25-prozentige Quorum bereits erreicht werden. Dieser Antrag würde also nur für eine Fraktion Sinn machen, die von Anfang an eine reine Konfrontationsstrategie verfolgt.

[Beifall von Sebastian Czaja (FDP)]

Und da wir doch sicher alle für dieses Parlament kandidiert haben, um etwas für Berlin und die Berliner zu verbessern, lehnt die FDP diese Forderung ab. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Danke sehr! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Fraktion der CDU und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mitgeteilt, dass ihre Änderungsanträge als eigenständige Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung gelten sollen, sodass ich nicht sofort darüber abstimmen lasse.

Daher ist nun über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/0001-2 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der CDU, der Linken, der Grünen und der FDP. Der fraktionslose Kollege schließt sich der AfD an. – Herzlichen Dank! – Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion der FDP Drucksache 18/0001 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Linken, die Grünen, die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Kollege. – Herzlichen Dank! Dann ist die Geschäftsordnung der 18. Wahlperiode so beschlossen und tritt sofort in Kraft.

Die bisherigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden somit zu eigenständigen Anträgen und an den künftig für Geschäftsordnung zuständigen Ausschuss überwiesen. Höre ich dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zu

1fd. Nr. 4:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Vorschlagsberechtigt für die Wahl ist die stärkste Fraktion. Von der Fraktion der SPD wird für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin der 18. Wahlperiode Herr Abgeordneter Ralf Wieland vorgeschlagen.

Wird in der Aussprache zum Wahlvorschlag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

[Heiterkeit –
Unruhe]

(Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach)

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung wird der Präsident mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 81 Ja-Stimmen.
– Habe ich eine Wortmeldung übersehen?

[Zurufe: Nein, nein!]

– Nein! Gut! – Interfraktionell hat man sich darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln – also geheim – durchzuführen. Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren erläutern, insbesondere deshalb, weil wir neue Kolleginnen und Kollegen unter uns haben, die das Verfahren hier noch nicht kennen.

Für die von mir aus gesehen rechten Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für die Buchstaben L bis Z stehen die linken Kabinen zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine der Stimmzettel ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser noch in der Wahlkabine zu falten und in den Umschlag zu legen. Der Umschlag ist anschließend in die entsprechende Wahlurne zu werfen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD – Ralf Wieland – zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit „Ja“ setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich die vier jüngsten Mitglieder des Hauses, sich jeweils zu zweit an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen zu platzieren, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren! Ich appelliere ausdrücklich an Sie alle, den Wahlvorgang diszipliniert und geduldig durchzuführen, um einen geordneten und einwandfreien Ablauf zu gewährleisten. Insbesondere beim Einwurf der Umschläge bitte ich um Rücksichtnahme auf die jungen Beisitzer und – das ist mir sehr wichtig – um Angabe Ihres Namens, damit dieser auf der Liste ausgetragen werden kann.

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar bitte ich als nächstjüngsten Abgeordneten, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Ich weise darauf hin, dass die seitlichen Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizuhalten.

Ich bitte nun um den Aufruf der Namen und die Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen sowie Abgabe der Stimmzettel]

Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Ich gehe davon aus, dass jeder aufgerufen wurde und seine Stimme abgegeben hat. Der Wahlgang wird dann geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Die Sitzung wird unterbrochen.

[Auszählung]

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben: Wahl des Präsidenten, Vorschlag der Fraktion der SPD, Herr Ralf Wieland:

Abgegebene Stimmen:	160
Erforderliches Quorum:	81 Ja-Stimmen
Ungültige Stimmen:	0
Ja-Stimmen:	136
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	6

[Allgemeiner Beifall –
Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN im Stehen]

Ehe jetzt alle gratulieren, frage ich Herrn Wieland: Sie sind gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Präsident Ralf Wieland:

Ja!

Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach:

Gut! Dann sind Sie ordnungsgemäß gewählter Präsident dieses Hauses. Ich bitte Sie, meinen Platz einzunehmen. – Herzlichen Glückwunsch noch einmal von meiner Seite! – Schade, ich habe mich gerade daran gewöhnt, hier zu sitzen.

[Heiterkeit]

Präsident Ralf Wieland:

Sehr geehrte Frau Alterspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Zuerst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie mir erneut Ihr Vertrauen für diese hohe Aufgabe ausgesprochen haben. Ich möchte mich im Namen des Hauses bei unserer Alterspräsidentin Bruni Wildenhein-Lauterbach bedanken.

[Allgemeiner Beifall]

Sie hat unsere konstituierende Sitzung sicher geleitet. – Frau Lauterbach, vielen Dank auch für Ihre Rede! Es waren ernste Gedanken dabei, aber vor allem war diese Rede geprägt durch die Ihnen eigene lernende Menschlichkeit. – Nochmals herzlichen Dank!

(Präsident Ralf Wieland)

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Meine Damen und Herren! Unsere Stadt hat eine gute Zukunft mit berechenbaren und stabilen Rahmenbedingungen verdient, unser Parlament eine lebhafte und vorurteilsfreie Debattenkultur. Berlin ist eine Stadt mit 190 Nationalitäten, eine Stadt mit vielen Religionen, aber auch eine Stadt mit einer lebendigen Kiezkultur. Ich schätze die bunte Vielfalt unserer Stadt und bin fest davon überzeugt, dass wir nur als weltoffene, tolerante Stadt eine Zukunft haben.

Offenheit bedeutet aber auch immer Veränderung. Jahr für Jahr ziehen über 40 000 Menschen in unsere Stadt. Sie werden angezogen von einer boomenden Start-up-Szene, von der unglaublich breiten Palette beruflicher, aber auch kultureller Angebote. Sie werden angezogen von einer lebenswerten und liebenswerten Stadt, von der fantastischen Lebendigkeit der Stadtquartiere.

Wir, die Parlamentarier, müssen immer neue Antworten finden auf immer wieder neue, auch schwierige Fragen. Unser ganzer Ideenreichtum ist vonnöten, um zukunftsfähige Lösungen für unsere immer weiter wachsende und sich verändernde Stadt zu finden. Da ist es wichtig, dass wir geerdet sind durch gemeinsame Grundwerte, die uns Richtschnur sind, um dem Ziel einer solidarischen und gerechten Gesellschaft näher zu kommen. Die Ansprüche an uns als Parlament sind immens. Ich wünsche mir vor allem Fairness und Lebendigkeit in unseren Debatten. Ich wünsche mir Sachlichkeit und Respekt. Es ist kein Problem, hart um die Sache zu streiten, ganz im Gegenteil. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, welche unterschiedlichen Standpunkte und Vorstellungen in unserem Parlament miteinander um die beste Lösung ringen. Bei aller Intensität der Diskussion dürfen wir aber nie vergessen, dass unsere Debattenkultur auch meinungsbildend wirkt.

In dieser neuen Legislaturperiode ist unser Parlament noch einmal größer geworden. Zwei neue Fraktionen sind ins Parlament eingezogen, eine andere, die Piratenfraktion, ist ausgeschieden. Ich möchte mich bei den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion recht herzlich für ihre Arbeit bedanken.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Ich wünsche mir, dass das Ansehen unseres Parlaments bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht beeinträchtigt wird. Dafür will ich als Parlamentspräsident hart arbeiten und versuchen, insbesondere junge Menschen für unsere parlamentarische Demokratie zu begeistern. Wir alle übernehmen eine große Verantwortung für unsere Stadt Berlin. Die Berlinerinnen und Berliner können erwarten, dass unser Parlament sich für sie und ihre Belange nach-

haltig einsetzt. Sie möchten das, was wir hier diskutieren und beschließen, positiv in ihrem eigenen Alltag wahrnehmen.

Ich möchte Sie aufrufen, die Gestaltungschancen zu nutzen, die Ihnen durch Ihre Wahl erwachsen sind. Jede und jeder Einzelne von Ihnen hat eine große Verantwortung für das Land Berlin übertragen bekommen. Ich wünsche Ihnen allen Leidenschaft und Beharrlichkeit für Ihre parlamentarische Arbeit.

Ich bedanke mich nochmals für Ihr Vertrauen. Ich werde das Meine dazu tun, um diese verantwortungsvolle Aufgabe in Ihrem Sinne auszufüllen. – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

So, und jetzt wird gearbeitet!

[Vereinzelte Heiterkeit]

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass alle Fraktionen vorbehaltlich der Bestätigung nach Konstituierung bereits Fraktionsvorsitzende bzw. Fraktionsvorstände gewählt haben. Stellvertretend für den neu gewählten Fraktionsvorstand der SPD gratuliere ich dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Frank Hansel (AfD)]

Für den neu gewählten Fraktionsvorstand der CDU gratuliere ich dem Fraktionsvorsitzenden Florian Graf.

[Allgemeiner Beifall]

Bei der Fraktion Die Linke gehen die Glückwünsche an die beiden Fraktionsvorsitzenden Carola Bluhm und Udo Wolf.

[Allgemeiner Beifall]

Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gehen die Glückwünsche an die beiden Vorsitzenden Antje Kapek und Ramona Pop.

[Allgemeiner Beifall]

Stellvertretend für den neu gewählten Fraktionsvorstand der AfD gehen die Glückwünsche an den Vorsitzenden Georg Pazderski.

[Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN,
der FDP und der AfD]

Noch einmal allen Gewählten herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP) –
Heiterkeit und Beifall]

Entschuldigung! Da kriege ich Ärger!

[Senator Mario Czaja: Das war in Ordnung,
Herr Wieland!]

(Präsident Ralf Wieland)

Für den neu gewählten Fraktionsvorstand der FDP, ganz herzlich, Herr Kollege, gratuliere ich dem Vorsitzenden Sebastian Czaja.

[Allgemeiner Beifall]

Sie waren für mich nie weg, deswegen!

[Heiterkeit]

Wir kommen zur

lfd. Nr. 5:

Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Nach der Verfassung von Berlin und nach § 12 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung sind zwei Vizepräsidenten zu wählen. Die Fraktionen haben für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten das Vorschlagsrecht in der Reihenfolge ihrer Stärke. Als Vizepräsidenten werden von der Fraktion der CDU Frau Cornelia Seibeld und von der Fraktion Die Linke Frau Dr. Manuela Schmidt vorgeschlagen. Wird zu diesen Wahlvorschlägen die Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung werden die Vizepräsidenten mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 81 Ja-Stimmen. Auch hierbei hat man sich interfraktionell darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln, also geheim, durchzuführen. Wir wählen beide Vizepräsidenten gemeinsam in sogenannter verbundener Einzelwahl. Es bleibt ansonsten beim gleichen Wahlverfahren wie bei der vorherigen Wahl. Ich bitte wiederum die Beisitzer, Aufstellung an den beiden Wahlurnen zu nehmen. Wer dem Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Cornelia Seibeld, zustimmen möchte, muss unter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit „Ja“ setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Gleiches gilt für den Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke, Dr. Manuela Schmidt.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen.

Herrn Abgeordneten Langenbrinck von der Fraktion der SPD als Nummer sechs in der Reihe der jüngsten Mitglieder bitte ich, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Die seitlichen Fernsehkameras dürfen nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden. Ich bitte zudem darum, die Plätze hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum freizumachen. – Herr Langenbrinck! Ich bitte nun um den Aufruf der Namen und die Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Ich gehe davon aus, dass jeder aufgerufen wurde und seine Stimme abgegeben hat. Der Wahlgang wird dann geschlossen. Ich

bitte um die Auszählung. Die Sitzung wird so lange unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt, und zwar in der Reihenfolge der Vorschläge nach Fraktionsstärke. Für Frau Cornelia Seibeld von der Fraktion der CDU:

Abgegebene Stimmen:	160
Erforderliches Quorum:	81 Ja-Stimmen
Ungültige Stimmen:	0
Ja-Stimmen:	135
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	8

Die Wahl von Frau Cornelia Seibeld zur Vizepräsidentin ist damit erfolgt. – Frau Kollegin! Ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Cornelia Seibeld (CDU):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Herzlichen Glückwunsch!

[Allgemeiner Beifall]

Dann sind Sie hiermit ordnungsgemäß gewählte Vizepräsidentin dieses Hauses. Alles Gute!

Dann kommen wir zur Wahl von Frau Dr. Manuela Schmidt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke:

Abgegebene Stimmen:	160
Erforderliches Quorum:	81 Ja-Stimmen
Ungültige Stimmen:	2
Ja-Stimmen:	126
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	10

Die Wahl von Frau Dr. Manuela Schmidt zur Vizepräsidentin ist damit erfolgt. – Herzlichen Glückwunsch!

[Allgemeiner Beifall]

Frau Dr. Schmidt! Auch Sie darf ich fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Dann gratuliere ich Ihnen als neu gewählte Vizepräsidentin dieses Hauses. Alles Gute! – Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen beiden.

(Präsident Ralf Wieland)

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6:

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Ich bitte auch da um Aufmerksamkeit. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass das Präsidium des Abgeordnetenhauses einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten in der 18. Wahlperiode aus 16 Mitgliedern bestehen soll. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Soweit ich das sehe, sind das alle Fraktionen und auch der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann haben wir dieses so einstimmig beschlossen.

Nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren stehen der SPD drei weitere Mitglieder, der Fraktion der CDU zwei und der Fraktion Die Linke ebenfalls zwei weitere Mitglieder zu. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen drei Mitglieder, der AfD-Fraktion zwei und der Fraktion der FDP ein Mitglied zu.

Von der Fraktion der SPD wurden vorgeschlagen: Herr Dennis Buchner, Frau Karin Halsch und Frau Melanie Kühnemann. Von der Fraktion der CDU wurden vorgeschlagen: Herr Dr. Robbin Juhnke und Herr Stephan Lenz. Von der Fraktion Die Linke wurden vorgeschlagen: Frau Stefanie Fuchs und Herr Hakan Taş. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden vorgeschlagen: Frau Marianne Burkert-Eulitz, Herr Notker Schweikhardt und Frau Fadime Topaç. Von der Fraktion der AfD wurden vorgeschlagen: Herr Dr. Hans Joachim Berg und Herr Martin Trefzer. Und von der Fraktion der FDP wurde Herr Thomas Seerig vorgeschlagen.

Es ist vorgesehen, die Wahlen jeweils in einfacher Abstimmung durch Handaufheben gemäß § 74 Absatz 1 der Geschäftsordnung durchzuführen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir auch so. Gewählt ist, wer die Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Das heißt, jeder Kandidat muss mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten.

Dann beginnen wir: Wer den Kandidaten der SPD-Fraktion Herrn Dennis Buchner zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und auch der fraktionslose Kollege. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Herr Buchner! Sie sind damit einstimmig gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Dennis Buchner (SPD):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Dann sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer die Kandidatin der Fraktion der SPD Karin Halsch zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist Frau Halsch einstimmig gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Karin Halsch (SPD):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer die Kandidatin der Fraktion der SPD Melanie Kühnemann zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen. Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Keine. Dann hat auch der fraktionslose Kollege zugestimmt. Frau Kühnemann! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Melanie Kühnemann (SPD):

Ja! – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Herzlichen Glückwunsch! – Sie sind damit ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt.

Wer den Kandidaten der Fraktion der CDU Dr. Robbin Juhnke zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Herr Dr. Juhnke! Sie sind damit einstimmig gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Robbin Juhnke (CDU):

Ja! – Vielen Dank!

Präsident Ralf Wieland:

Damit sind Sie zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer den Kandidaten der Fraktion der CDU Stephan Lenz zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Frak-

(Präsident Ralf Wieland)

tionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Herr Lenz! Damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Stephan Lenz (CDU):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer die Kandidatin der Fraktion Die Linke Stefanie Fuchs zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Frau Fuchs! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Stefanie Fuchs (LINKE):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Dann sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer den Kandidaten der Fraktion Die Linke Hakan Taş zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Keine. Herr Taş! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Hakan Taş (LINKE):

Ja! – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Gratulation! – Sie sind damit ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt worden.

Wer die Kandidatin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Marianne Burkert-Eulitz zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind auch alle Fraktionen inklusive des fraktionslosen Kollegen. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Sehe ich keine. Frau Marianne Burkert-Eulitz! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Herzlichen Glückwunsch! – Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt.

Wer den Kandidaten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Notker Schweikhardt zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Herr Schweikhardt! Sie sind gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Notker Schweikhardt (GRÜNE):

Ja – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Glückwunsch! – Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt.

Wer die Kandidatin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Fadime Topaç zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Fadime Topaç (GRÜNE):

Ja!

Präsident Ralf Wieland:

Dann sind Sie auch ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer den Kandidaten der AfD-Fraktion Dr. Hans Joachim Berg zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD, der fraktionslose Kollege, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei SPD, Grünen und Die Linke. Herr Dr. Berg! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Hans Joachim Berg (AfD):

Ja! – Ich bedanke mich!

Präsident Ralf Wieland:

Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer den Kandidaten der AfD-Fraktion Martin Trefzer zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls die Fraktion der AfD, der fraktionslose Kollege, die FDP-Fraktion

(Präsident Ralf Wieland)

und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei SPD, Grünen und Die Linke. Herr Trefzer! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Martin Trefzer (AfD):

Ja! – Vielen Dank!

Präsident Ralf Wieland:

Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Wer den Kandidaten der Fraktion der FDP Thomas Seerig zum Mitglied des Präsidiums wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Herr Seerig! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Thomas Seerig (FDP):

Ja! – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Damit sind Sie ordnungsgemäß zum Mitglied des Präsidiums gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

Ich wünsche allen Gewählten eine gute Arbeit im Präsidium des Abgeordnetenhauses. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

[Allgemeiner Beifall]

Nun danke ich den vier jüngsten Abgeordneten – Frau June Tomiak, Herrn Herbert Mohr, Herrn Kristian Ronneburg und Frau Anne Helm sowie Herrn Vallendar und Herrn Langenbrinck, die so vortrefflich als Beisitzer ihres Amtes gewaltet und das Parlament vorangebracht haben. – Herzlichen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Dann bitte ich die Abgeordneten Frau Karin Halsch und Herrn Dr. Robbin Juhnke, als Beisitzer neben mir Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 7:

Einsetzung des Ältestenrats

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidentinnen in der 18. Wahlperiode aus 16 Mitgliedern bestehen soll. Wer gemäß diesem Vorschlag den Ältestenrat mit 16 Mitgliedern einsetzen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege.

Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich auch nicht. Dann haben wir das so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 8:

Einsetzung des Hauptausschusses

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0002](#)

Der Antrag liegt Ihnen auf den Tischen vor. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Wer dem Antrag auf Drucksache 18/0002 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit haben wir das so beschlossen.

Ich komme nun zur

lfd. Nr. 9:

Terminplanung der Plenarsitzungen 2016 und 2017

Interfraktionell haben wir uns auf eine Terminplanung für die restlichen Plenarsitzungen im Jahr 2016 sowie die Plenarsitzungen im Jahr 2017 verständigt. Sie haben hierzu auch eine Tischvorlage. – Wer dieser Terminplanung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenfalls alle Fraktionen und der fraktionslose Kollege. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung unserer ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses der 18. Wahlperiode. Die nächste, die zweite Sitzung findet entsprechend der neuen Geschäftsordnung und der soeben beschlossenen Plenartermine am Donnerstag, dem 24. November 2016 um 10.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

[Allgemeiner Beifall]

[Schluss der Sitzung: 13.50 Uhr]

Anlage 1

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Zu lfd. Nr. 4:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter **Ralf Wieland**

Zu lfd. Nr. 5:

Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zur Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Frau Abgeordnete **Cornelia Seibeld**
Frau Abgeordnete **Dr. Manuela Schmidt**

Zu lfd. Nr. 6:

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin sind zu Beisitzern im Präsidium des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter **Dennis Buchner**
Frau Abgeordnete **Karin Halsch**
Frau Abgeordnete **Melanie Kühnemann**
Herr Abgeordneter **Dr. Robbin Juhnke**
Herr Abgeordneter **Stephan Lenz**
Frau Abgeordnete **Stefanie Fuchs**
Herr Abgeordneter **Hakan Taş**
Frau Abgeordnete **Marianne Burkert-Eulitz**
Herr Abgeordneter **Notker Schweikhardt**
Frau Abgeordnete **Fadime Topaç**
Herr Abgeordneter **Dr. Hans-Joachim Berg**
Herr Abgeordneter **Martin Trefzer**
Herr Abgeordneter **Thomas Seerig**

Zu lfd. Nr. 7:

Einsetzung des Ältestenrats

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt gemäß § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses den Ältestenrat ein.

Der Ältestenrat besteht aus 16 Mitgliedern.

Zu lfd. Nr. 8:

Einsetzung des Hauptausschusses

I.

Gemäß Artikel 44 Absatz 1 der Verfassung von Berlin und § 20 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird ein Hauptausschuss eingesetzt.

II.

Der Hauptausschuss besteht aus 28 Mitgliedern.

III.

Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin benennen die Fraktionen die auf sie entfallenden Mitglieder der Ausschüsse.